

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 2008

Abgeschlossen am 7. April 2008. • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Angesichts der Subprime-Krise reagiert die Notenbank der USA auf die drohende Abschwächung der Konjunktur und die starken Kurseinbrüche auf den Aktienmärkten mit der Senkung der Leitzinssätze in drei Schritten um insgesamt 200 Basispunkte auf 2,25%. Um die Liquiditätsversorgung nach dem Bekanntwerden großer Verluste einiger Geschäftsbanken zu gewährleisten, stellen die Notenbanken in den USA und in Europa zeitlich begrenzt zusätzliche Mittel zur Verfügung. Die "Economic Stimulation Act 2008", ein kurzfristig wirksames Konjunkturpaket im Ausmaß von 1% des BIP der USA, soll ein Abgleiten der USA in eine Rezession verhindern.

1. Jänner: Slowenien übernimmt nach Portugal den Vorsitz im Europäischen Rat. Malta und Zypern treten in die Währungsunion ein. Die Eurozone umfasst nun 15 der 27 EU-Mitgliedsländer.

13. Jänner: Die EU und 35 Länder in Afrika und im pazifischen Raum (AKP-Länder) schließen ein neues Handelsabkommen ab, das den WTO-Vereinbarungen entspricht. Das bisherige Abkommen, das Ende 2007 ausgelaufen ist, bevorzugte die früheren Kolonien von EU-Ländern.

17. Jänner: Als Folge der Subprime-Kreditkrise gibt die Investmentbank Merrill Lynch für das IV. Quartal 2007 Abschreibungen von 16,7 Mrd. \$ bekannt.

22. Jänner: Die Notenbank der USA senkt die Leitzinssätze um 75 Basispunkte. Nach dieser erheblichen Senkung betragen die Federal Funds Rate 3,5% und die Discount Rate 4%.

23. Jänner: Die Europäische Kommission verabschiedet ein Paket von Vorschlägen zur Umsetzung der vom Europäischen Rat eingegangenen Verpflichtungen zum Klimaschutz und zur Förderung des Einsatzes von erneuerbarer Energie¹). Das europäische Emissionshandelssystem (EHS), in das derzeit EU-weit rund 10.000 Industrieanlagen eingebunden sind und in dem bisher nur CO₂-Emissionen gehandelt wurden, soll auf weitere Treibhausgasemissionen ausgeweitet werden. Die handelbaren Emissionsrechte werden gegenüber dem Niveau von 2005 schrittweise bis 2020 um 21% gekürzt. Für die Stromerzeugung, den größten Emittenten, wird ab 2013 die vollständige Versteigerung von Zertifikaten gelten. Andere und neu hinzukommende Wirtschaftszweige wie die Luftfahrt werden schrittweise zur vollständigen Versteigerung von Zertifikaten übergehen. Ausnahmen werden für jene Sektoren gelten, in denen außerhalb der EU mit weniger strengen Auflagen bezüglich der CO₂-Emissionen produziert werden kann. Durch die Erweiterung des EHS werden rund 40% der Emissionen handelbar. Industrieanlagen mit einem Ausstoß von weniger als 10.000 t CO₂ pro Jahr sind nicht verpflichtet, am EHS teilzunehmen, sofern andere Maßnahmen

Ausland

EU: Präsidentschaft,
Währungsunion

EU: AKP-Handelsabkommen

Hypothekarkreditkrise:
Merrill Lynch

USA: Leitzinssatzsenkung

EU: Klimaschutzpaket

¹ Die EU setzt sich zum Ziel die gesamten Treibhausgasemissionen bis 2020 um wenigstens 20% gegenüber 1990 zu senken und die erneuerbaren Energien am EU-Energiekonsum um 20% zu erhöhen. Falls es zu einem globalen Klimaabkommen, einem Kyoto-Nachfolgeabkommen kommt, so wird das Treibhausgasemissionsziel auf 30% erhöht.

zur Emissionsreduktion geeigneter erscheinen (z. B. Steuern). Die Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel fließen den Mitgliedsländern zu und sollen zum Teil für umweltfreundliche Innovationen wie z. B. im Zusammenhang mit erneuerbarer Energie oder für die CO₂-Abscheidung und -speicherung verwendet werden. Für den Treibhausgasausstoß jener Bereiche, die nicht in das EHS fallen (Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft), sind für die Mitgliedsländer individuelle Ziele bis 2020 vorgesehen (Österreich –16% des Ausstoßes von 2005); neuen Mitgliedsländern wird dabei eine Schwankungsbreite von ±20% eingeräumt. Der Anteil erneuerbarer Energie am Energieverbrauch soll in der EU von derzeit 8,5% bis 2020 auf 20% angehoben werden; auch hier sind für jedes Land individuelle Raten vorgesehen. Der Anteil von Biotreibstoffen am Treibstoffverbrauch soll bis 2020 in allen Ländern mindestens 10% erreichen.

Hypothekarkreditkrise

25. Jänner: Ein Händler der französischen Bank Société Générale hat durch betrügerische Transaktionen mit Aktienderivaten einen Verlust von 4,9 Mrd. € verursacht. Wegen der Hypothekarkreditkrise hat die Bank bereits einen Verlust von 2 Mrd. € zu verzeichnen.

Single Euro Payments Area (SEPA)

28. Jänner: Mit der Einführung der Single Euro Payments Area (SEPA) wird der bargeldlose Zahlungsverkehr in Europa schrittweise vereinheitlicht. Mittels internationaler Kontonummer (IBAN) und internationalem Bankidentifikationscode (BIC) werden SEPA-Überweisungen spätestens am drittnächsten Werktag, ab 2012 am nächsten Werktag gutgeschrieben.

USA: Leitzinssatzsenkung

30. Jänner: Nach nicht einmal einer Woche senkt die Notenbank der USA neuerlich die Leitzinssätze, und zwar um 50 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt nun 3%, die Discount Rate 3,5%.

Hypothekarkreditkrise: Westdeutsche Landesbank

8. Februar: Das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen stellt der Westdeutschen Landesbank 3 Mrd. € bereit, nachdem die Eigentümer (Land und Sparkassen) der Bank bereits im Jänner 2 Mrd. € an Kapital zugeführt haben, um die Verluste aus Spekulationen und dem Einfluss der Finanzmarktkrise auszugleichen.

G-7-Treffen

10. Februar: Bei ihrem Treffen in Tokio befassen sich die Finanzminister und Notenbankchefs der G 7 ausführlich mit der Subprime-Krise und den Problemen auf den Finanzmärkten. In der Schlusserklärung bekräftigen die G 7, dass die Weltwirtschaft stabil ist und man nicht mit einer Rezession in den USA rechne. Dennoch sehen die G 7 Risiken in einer weiteren Verschlechterung des Immobilienmarktes der USA, in der Verteuerung von Rohöl und anderen Rohstoffen sowie in einer weiteren Beschleunigung der Inflation. Allfällige Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte werden gegenseitig zugesichert, konkrete Vorschläge bleiben jedoch aus. Die erdölexportierenden Länder werden aufgefordert die Fördermengen zu erhöhen, und China sollte die Aufwertung seiner Währung beschleunigen.

Hypothekarkreditkrise: USA

12. Februar: Die sechs Finanzinstitute Bank of America, Chase, Citygroup, Countrywide, Washington Mutual und Wells Fargo verlängern die Frist zur Auslösung eines "Foreclosure"-Prozesses (Zwangsversteigerung) bei Zahlungsverzug von Prime-Hypotheken um 30 auf 120 Tage. Hypothekarkreditnehmer haben an diesem Angebot nur bedingt Interesse, solange der Wert der Immobilie über der Hypothekarschuld liegt.

EU: Frankreich

12. Februar: Der Ecofin-Rat fordert Frankreich auf, das Tempo der Budgetkonsolidierung und des Schuldenabbaus bis 2010 zu beschleunigen, um das Ziel der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung zu erreichen, jedoch nur unter der Bedingung, dass die Konjunkturlage dies erlaubt. Frankreich erwartet für die Jahre 2009 bis 2012 ein BIP-Wachstum von 2,5%.

Russland: Gaslieferungen

12. Februar: Russland und die Ukraine vereinbaren ein neues Modell der Gaslieferung. Ein Gemeinschaftsunternehmen von Nftogaz Ukrainy und Gazprom löst die bisherigen Zwischenhändler UkrGazEnergo und RosUkrEnergo ab. Die Schulden der Ukraine beim russischen Lieferanten müssen beglichen werden.

USA: Konjunkturpaket

13. Februar: In den USA tritt die "Economic Stimulation Act 2008" in Kraft. Über das vom Kongress beschlossene Konjunkturpaket im Umfang von 168 Mrd. \$ (etwa 1% des BIP) werden ab Mai 117 Mio. Privathaushalte Schecks erhalten. An Singles wer-

den zwischen 300 \$ und 600 \$, an Paare bis zu 1.200 \$ gezahlt, für jedes Kind zusätzlich 300 \$. Für diese Maßnahme werden 100 Mrd. \$ aufgewandt. Mit weiteren 50 Mrd. \$ sollen Investitionsanreize gesetzt werden. Unternehmen dürfen temporär bei der Anschaffung neuer Maschinen und Anlagen 50% des Wertes sofort abschreiben. Um den Immobilienmarkt zu entspannen und Refinanzierungen zu ermöglichen, wird die Obergrenze von Hypothekarkrediten, die zwischen 31. Juli 2007 und 31. Dezember 2008 bei den öffentlichen Immobilienfinanciers Fannie Mae und Freddie Mac abgeschlossen wurden, von 417.000 \$ auf 729.000 \$ angehoben.

13. Februar: Der Venezolanische Erdölkonzern Petroleas (PDVSA) stellt seine Lieferungen von Rohöl und Derivaten an Exxon Mobil ein. Im Gegenzug blockiert Exxon Eigentum der PDVSA im Ausland durch gerichtliche Embargos²).

15. Februar: In Deutschland wird in Razzien gegen mutmaßliche Steuerhinterziehung vorgegangen. Als Informationsgrundlage dienen der Steuerbehörde gekaufte Daten über Konten und Stiftungen in Liechtenstein, die von einem Angestellten der LGT-Bank in Liechtenstein entwendet wurden. Im Zuge der Ermittlungen wird der Direktor der deutschen Post, Klaus Zumwinkel, verhaftet.

23. Februar: Ungarn gibt die Bindung des Forint an den Euro auf, die seit 2001 mit einer Schwankungsbreite von 15% bestanden hat.

28. Februar: Aufgrund von Verstößen gegen wettbewerbsrechtliche Auflagen (überhöhte Lizenzgebühren für technische Informationen) verhängt die Europäische Kommission gegen den Softwarehersteller Microsoft eine Strafe von 899 Mio. €. Seit 2004 wurden gegen das Unternehmen Strafen im Ausmaß von 1,68 Mrd. € ausgesprochen³).

5. März: Die OPEC beschließt, die Fördermengen von 29,67 Mio. Fass Rohöl pro Tag beizubehalten, obwohl der Rohölpreis über 100 \$ je Barrel liegt. Einige Tage zuvor hat Präsident Bush an die OPEC appelliert, die Fördermengen auszuweiten.

7. März: Um den Banken mehr Liquidität zur Verfügung zu stellen, erweitert die Notenbank der USA die ausstehenden Mittel aus der "Term Auction Facility". In den zwei Auktionen im März werden nun jeweils 50 Mrd. \$ anstatt 30 Mrd. \$ zur Verfügung stehen. Weitere 100 Mrd. \$ werden in Form von Repurchase-Geschäften angeboten, bei denen jede Art von hypothekarisch gesicherten Papieren entgegengenommen werden.

11. März: Die EZB, die Bank of Canada, die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank stellen Währungsswaps im Gesamtumfang von 200 Mrd. \$ zur Verfügung.

13.-14. März: Anlässlich der Frühjahrstagung in Brüssel leitet der Europäische Rat den zweiten Dreijahreszyklus (2008 bis 2010) ein und bestätigt die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und der beschäftigungspolitischen Leitlinien. Die Mitgliedsländer werden aufgefordert, Investitionen in Wissen und Innovationen noch mehr zu forcieren, um das Ziel der Lissabon-Agenda für die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen von 3% des BIP zu erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen zu verbessern.

Einen Schwerpunkt setzt der Rat auf Klimawandel und Energie; die EU soll hier auch künftig weltweit eine führende Rolle spielen. 2009 soll in Kopenhagen im Rahmen der Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll eine Vereinbarung über den Klimawandel für die Zeit nach 2012 getroffen werden, die mit dem ehrgeizigen "2°-Ziel" der EU⁴) im Einklang steht. So soll bis Ende 2008 eine Einigung der EU-Länder über das im Jänner vorgelegte Gesetespaket zum Klimaschutz (siehe dazu weiter oben) zustande kommen. Noch vor der Kopenhagener Konferenz sollten die EU-Länder und das Europäische Parlament das Paket billigen. Der Rat sieht

Venezuela: Erdöllieferungen

Deutschland:
Steuerhinterziehung

Ungarn: Währung

EU: Microsoft

OPEC

USA: Notenbank
Liquiditätsbeschaffung

Währungsswaps

EU: Europäischer Rat

²) Siehe Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(7), S. 576, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=29621&typeid=8&display_mode=2.

³) Siehe Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(10), S. 792, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30281&typeid=8&display_mode=2.

⁴) Die EU will den globalen Temperaturanstieg gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung auf 2° Celsius begrenzen.

die Gefahr der Verlagerungen von CO₂-Emissionsquellen vor dem globalen Hintergrund wettbewerbsgeprägter Märkte für energieintensive Branchen und verweist auf internationale Verhandlungen über geeignete Maßnahmen. Die neue EHS-Richtlinie soll auf dieses Problem hin untersucht werden, um im Falle eines Scheiterns der internationalen Verhandlungen Maßnahmen einleiten zu können. Der Hohe Vertreter und die Europäische Kommission legen einen Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit vor.

Der Rat billigt den Zwischenbericht des Rates für Wirtschaft und Finanzen über die Stabilität der Finanzmärkte. Es wird als unerlässlich gesehen, dass Banken und Finanzinstitute unverzüglich ihre Risikopositionen offenlegen. Weitere Fortschritte werden für die Neuregelung der Finanzaufsicht und in der Bewältigung grenzüberschreitender Finanzkrisen angekündigt. In einer Erklärung zum "Barcelona-Prozess" stimmt der Rat im Grundsatz einer Union für den Mittelmeerraum zu. Die Kommission wird aufgefordert, Modalitäten zu unterbreiten.

USA: Leitzinssatzsenkung

18. März: Aufgrund der Anspannung auf den Finanzmärkten sowie zur Stärkung von privatem Konsum und Arbeitsmarkt senkt die Notenbank der USA zum dritten Mal seit Jahresbeginn die Leitzinssätze, und zwar um 75 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt nun 2,25%, die Discount Rate 2,5%.

USA: Hypothekarkreditkrise

19. März: In den USA werden für die beiden staatsnahen Hypothekarfinanziers Fannie Mae und Freddie Mac die Eigenmittelbestimmungen gelockert. Die zuständige Aufsichtsbehörde (Ofheo) erwartet, dass damit 200 Mrd. \$ an zusätzlicher Liquidität geschaffen werden.

USA: JPMorgan Chase

24. März: JPMorgan Chase kauft 39,5% der New Yorker Investmentbank Bear Stearns. Die Bank verzeichnet aufgrund der Subprime-Krise Verluste von 3,2 Mrd. \$.

EU, USA: Luftfahrtsabkommen

30. März: Das Luftfahrtsabkommen zwischen der EU und den USA "Open Skies" tritt in Kraft. Bisher war das Anfliegen von Destinationen bilateral geregelt. Das neue Abkommen erlaubt EU-Fluggesellschaften, von jedem EU-Flughafen jede Destination in den USA sowie von dort aus auch Drittstaaten anzufliegen. Das Gleiche gilt für Fluglinien aus den USA im EU-Raum.

Österreich

Angesichts der relativ hohen Teuerungsrate im Dezember 2007 (3,5%) und in den ersten zwei Monaten 2008 (3,1%) werden verschiedene Ideen zur Inflationsbekämpfung diskutiert, etwa die Unterstützung Einkommensschwacher durch eine Einmalzahlung von 100 €; zudem soll überprüft werden, ob der Preisanstieg mit einem Mangel an Wettbewerb zusammenhängen könnte. Im März beschließt die Bundesregierung ein Antiinflationsspaket. Bis Oktober soll Einigung über die Steuerreform 2010 erzielt werden.

Arbeitsrecht

1. Jänner: Einige Änderungen des Arbeitsrechtes treten in Kraft:

- Die tägliche Normalarbeitszeit kann nunmehr bei außerordentlichem Arbeitsanfall mit Durchrechnungszeitraum über Kollektivvertrag auf 10 Stunden angehoben werden. Über Betriebsvereinbarung kann eine tägliche Normalarbeitszeit von 10 Stunden fixiert werden, wenn im Unternehmen entweder ein Gleitzeitmodell oder eine Viertageweche gilt.
- Zudem kann die pro Tag erlaubte Arbeitszeit unter zwei Voraussetzungen auf 12 Stunden erhöht werden: über Kollektivvertrag im Falle von Schichtarbeit, wenn dies als arbeitsmedizinisch unbedenklich eingestuft wurde, und in Sonderfällen über Betriebsvereinbarung. Hier gilt nunmehr eine Begrenzung auf 12 Stunden täglich bei höchstens 60 Wochenstunden. Dies ist höchstens drei mal acht Wochen jährlich möglich (d. h. jährlich insgesamt 24 Wochen) wobei dazwischen 2 Wochen liegen müssen.
- Für Mehrarbeitsstunden bei Teilzeitarbeit (jener Arbeitszeit, die zwischen der vertraglich vereinbarten Tagesarbeitszeit und der jeweiligen Vollarbeitszeit liegt) gebührt ein gesetzlicher Zuschlag von 25%, sofern die Mehrarbeitsstunden nicht innerhalb eines Quartals als Freizeit konsumiert werden. Der Zuschlag wird wie für Überstunden vom Normallohn berechnet.

- Unselbständig Beschäftigte müssen ausnahmslos vor Arbeitsantritt bei der Sozialversicherung angemeldet werden.

9. Jänner: Der für Februar angekündigte Börsengang der oberösterreichischen Energie AG (EAG) wird abgesagt. Jedoch werden 40% der EAG verkauft, und zwar an oberösterreichische Banken und Versicherungen (26%), den Tiroler Energieversorger TIWAG (8%), die Linzer Stadtwerke (4%) und an Beschäftigte der EAG (2%).

EAG Börsengang

12. März: Der Aufsichtsrat der AUA stimmt einer Beteiligung des saudiarabisch-österreichischen Geschäftsmannes Sheikh Mohamed Bin Issa Al Jaber zu. Nach einer Kapitalerhöhung um 57,120.000 neue Stückaktien wird Al Jaber 20% der Aktien zu jeweils 7,1 € kaufen. Der Kurs liegt bei 5,78 €. Da das Österreich-Konsortium (derzeit ÖIAG 42,75%, Bank Austria 7,25%, Raiffeisen und Vienna Insurance) an der Kapitalerhöhung nicht teilnimmt, wird Al Jaber dem Konsortium beitreten, um die luffahrt-rechtlich erforderliche Mehrheitsbeteiligung beizubehalten.

AUA Kapitalerhöhung

26. März: Der Ministerrat beschließt ein Antiinflationspaket. Ab 1. Juli 2008 entfällt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung für Einkommen bis 1.000 € und wird für Einkommen bis 1.350 € stufenweise gesenkt. Die jährlichen Kosten dieser Maßnahme werden auf 300 Mio. € geschätzt. Sie werden auf die Steuerreform 2010 (Gesamtumfang 3 Mrd. €) angerechnet. Die Pensionserhöhung für 2009 wird um 2 Monate auf 1. November 2008 vorgezogen. Eine Vermögenszuwachsbesteuerung zur Finanzierung des Gesundheitssystems ist geplant.

Antiinflationspaket

28. März: Gemäß der Budget-Notifikation an die Europäische Kommission betrug das gesamtstaatliche Defizit 2007 1,5 Mrd. € bzw. 0,5% des Bruttoinlandsproduktes. Ursprünglich war ein Defizit von 0,7% des BIP prognostiziert worden. Die Länder und Gemeinden erhöhten ihren Überschuss von 0,1% auf 0,2% des BIP. Die Schuldenquote erreichte mit 59,1% des BIP 2007 erstmals seit 1992 einen Wert unter 60%.

Budget-Notifikation